

## Kampfbereit auf dem Sofa

Aktivist\*innen haben in der Bremer Innenstadt ein Klimacamp errichtet. Sie fordern konsequenteren Klimaschutz. Der Sprecher der Umweltbehörde gibt sich gesprächsbereit  
Von **Lukas Scharfenberger**

Wegen der Coronapandemie stehen am Freitagnachmittag auf dem Bremer Marktplatz keine Stühle vor den Cafés. Dafür gibt es Proteste und zivilen Ungehorsam in der Innenstadt. Nur ein paar Meter entfernt bauen Aktivist\*innen am Grasmarkt gerade das erste Bremer Klimacamp auf. Ein paar Pavillons und Sofas stehen schon, junge Menschen malen ein Banner: "Wir bleiben, bis ihr handelt!"

Klimacamps sind eine Protestform, um die Politik dazu zu bewegen, klimagerecht zu handeln. Das erste wurde in Deutschland am 1. Juli 2020 in Augsburg errichtet. "Wir bauen auf drei Pfeiler", sagt Leon Ueberall vom Presseteam des Augsburger Klimacamps, "Diplomatie, Bildung und zivilen Ungehorsam." Dazu zählen Gespräche mit Politiker\*innen und Passant\*innen, sowie Workshops in den Camps, aber auch Blockaden und Ähnliches.

In erster Linie sollen die Camps aber Druck auf die Politik ausüben. "Wir wollen, dass die Städte bei der Bundesregierung für Klimaschutz eintreten, sodass wir von unten Druck aufbauen können", sagt Ueberall. Camps gibt es zurzeit neben Bremen und Augsburg auch in Nürnberg und Hamburg. Außerdem sind laut Ueberall noch 16 weitere Camps in Deutschland in Planung.

Die Aktivist\*innen in Bremen haben eine Bühne aufgebaut. Mitorganisator Paul-Nikos Günther geht auf die Bühne und hält vor rund 80 Menschen eine Rede, in der er die Bremer Politik direkt anklagt: "Diese Krise ist euch bekannt. Getan hat sich nichts. Nur viele leere Versprechen habt ihr uns gegeben!", ruft er. Fehlt nur noch ein hinterher gezischtes "How dare you!"

Jens Tittmann ist der Sprecher von Maïke Schäfer (Grüne), deren Umweltbehörde den Klimaschutz gleich als Erstes im Namen trägt. Er ist für einen Dialog mit Klimacamper:innen: "Es ist doch wichtig, sich mit Klimaaktivist\*innen auszutauschen, um gemeinsam zu beraten und Strategien zu entwickeln", sagt er. Er stellt sich dabei einen Besuch im Camp oder eine Einladung in die Umweltdeputation oder Bürgerschaft vor. Die Bremer Aktivist\*innen sind ebenfalls gesprächsbereit. "Wir wollen das Gespräch mit Politiker\*innen und Menschen suchen, aber eben auch 24/7 Druck aufbauen", sagt Paul-Nikos Günther.

Die Aktivist\*innen fordern von der Bremer Politik, dass sie Maßnahmen ergreift, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. "Wir müssen unbedingt verhindern, dass sich das Klima um mehr als 1,5 Grad erwärmt", sagt Günther. Ansonsten träten sogenannte Kipp-Punkte ein. "Dann setzt sich eine Spirale in Gang und das Klima könnte sich um sechs bis sieben Grad erhitzen." Auch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BUM) warnt vor solchen Kipp-Punkten. In einem Bericht heißt es, dass beispielsweise das Schmelzen der arktischen Permafrostböden zur Freisetzung von Treibhausgasen führe, die seit der letzten Eiszeit im Permafrostboden gespeichert sind. Dies würde wiederum die Klimaerwärmung erheblich beschleunigen.

Ganz konkret fordern die Aktivist\*innen, dass Bremen bis 2032 klimaneutral wird und sich selbst ein lokales CO<sub>2</sub>-Budget von 23,52 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ab 2021 setzt. Das bedeutet, dass Bremen von 2021 bis zur Klimaneutralität 2032 nicht mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen darf als im Budget festgeschrieben. Die konkrete Summe haben die Aktivist\*innen anhand der Zahlen aus dem Bericht des Weltklimarats errechnet. Das CO<sub>2</sub>-Budget gibt an, wie viel CO<sub>2</sub> weltweit höchstens emittiert werden darf, um die Erwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken.

Jens Tittmann hält ein CO<sub>2</sub>-Budget auf Grundlage des IPCC-Berichts für richtig: "Die Kosten für Klimafolgeschäden sind definitiv teurer. Darum ist die Forderung nach dem CO<sub>2</sub>-Budget nachvollziehbar und folgerichtig." Damit Bremen das errechnete CO<sub>2</sub>-Budget auch wirklich einhält, fordern die Aktivist\*innen unter anderem eine Schließung des Flughafens für den privaten Flugverkehr, die Dekarbonisierung der Energieversorgung bis 2030, ausschließlich vegane oder saisonale Ernährung in öffentlichen Kantinen, **Solar** auf allen Dächern und Windkraft, wo sie den Naturschutz nicht stört. Außerdem den Ausbau von Fuß- und Radverkehr, sowie einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr. "Bremen tut einfach zu wenig in Sachen Klimaschutz", sagt Günther.

Tittmann widerspricht, Bremen tue inzwischen sehr viel, sagt er, allerdings müsse man noch besser und schneller werden. "Wir haben in Bremen den Klimanotstand ausgerufen, ein eigenes Handlungsfeld Klimaschutz mit 30 Millionen Euro eingeführt und wir treiben die Verkehrswende voran", sagt er und verweist auf neue Straßenbahnen, E-Busse und die Stilllegung von Kohlekraftwerken.

Den Aktivist\*innen gegenüber ist man auf Seiten der Stadt übrigens nicht überall so aufgeschlossen wie Tittmann. Für das Camp in Bremen hat das Ordnungsamt mit Verweis auf den Infektionsschutz einige Auflagen. So dürfen keine Zelte auf dem Grasmarkt aufgestellt und dort auch nicht übernachtet werden. Die Aktivist\*innen überlegen, ob sie dagegen gerichtlich vorgehen. "Die Polizei hat uns gesagt, dass sie uns sofort räumen werden, falls wir Zelte aufstellen", sagt Günther.

Genehmigt wurde das Camp zunächst nur bis zum 7. Mai. Nicht gerade eine lange Zeit, um mit der Stadt ins Gespräch zu kommen, bevor man von ihr geräumt wird. "Ich denke, ich werde heute Nacht hier auf den Sofas bleiben", sagt Günther.



*Setzen auf Dialog und Druck: die Aktivist:innen des Bremer Klimacamps Kay Michalak/Fotoetage*

*Lukas Scharfenberger*

**Quelle:** taz.die tageszeitung vom 26.04.2021, Seite 29

**Dokumentnummer:** T20212604.5762622

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/TAZ\\_24b7a0912db8631fd086f49c0e2b0784f00e41dc](https://www.wiso-net.de/document/TAZ_24b7a0912db8631fd086f49c0e2b0784f00e41dc)

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.